

Gelungene Erpressung: Die Bundesregierung will ein sechstes U-Boot nach Israel liefern

Ende November berichteten deutsche und israelische Zeitungen von der Bereitschaft der Bundesregierung, ein sechstes U-Boot der „Dolphin“-Klasse, das mit Atomwaffen bestückt werden kann, an Israel zu liefern. Dafür sei ein Drittel der Kosten in Höhe von 135 Millionen Euro in den Bundeshaushalt 2012 eingestellt worden.

Mit dieser Zusage verstößt die Bundesregierung erneut gegen die Richtlinien zum Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Spannungsgebiete, die von der rot-grünen Regierung im Januar 2000 beschlossen wurden.

Es fällt auf, dass die Lieferung auf eine Zusage der Bundeskanzlerin an die Adresse der israelischen Regierung zurückgehen soll; die Parteien im Bundestag seien lediglich davon unterrichtet worden. Angela Merkel habe die Lieferung versprochen, nachdem Benjamin Netanjahu die Überweisung der Einnahmen aus Zöllen und Steuern in Höhe von monatlich 100 Millionen US-Dollar wieder genehmigen wolle, die der Palästinensischen Autonomiebehörde gemäß dem Pariser Protokoll vom April 1994 zustehen. Die Unterbrechung war als Bestrafung für den palästinensischen Antrag um Anerkennung bei den Vereinten Nationen unterbrochen worden. Gleichzeitig drohte das Kabinett in Jerusalem mit einem erneuten Überweisungsstopp, sollte Präsident Abbas auch künftig die UN-Mitgliedschaft Palästinas betreiben.

Mit der Zusage beugt sich die Bundesregierung einer israelischen Erpressung, die Schule machen könnte. Der Vorgang ist aus einem doppelten Grund politisch gravierend: Zum einen hatte die Bundesregierung im Februar im UN-Sicherheitsrat und Ende Oktober nach dem Auftritt von Barack Obama, Machmud Abbas und Benjamin Netanjahu vor der UN-Vollversammlung die israelische

Regierung wegen ihrer fortgesetzten Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem kritisiert. Zum anderen unterstreicht die Bundesregierung noch einmal ihre Position, dass sie entgegen jeder politischen Rationalität die Mitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen verhindern will.

*Reiner Bernstein
München, 05.12.2011*